

IZA–Pressemitteilung, 24. November 2010

Absolventensteuer statt Studiengebühren: Sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll

Eine faire und nachhaltige Finanzierung der akademischen Ausbildung lässt sich am besten durch Absolventensteuern erreichen, die unmittelbar den Hochschulen zugute kommen. Solche nachgelagerten Steuern haben klare Vorteile gegenüber Studiengebühren, wie sie derzeit in vielen Ländern üblich sind. Darauf weist eine aktuelle Studie hin, die heute beim Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) erschienen ist. Demnach reduzieren Absolventensteuern das Einkommensrisiko für Studierende und erzeugen zugleich stärkere Anreize für die Universitäten, die Qualität der Lehre und die Zukunftschancen ihrer Absolventen zu verbessern.

Das IZA plädiert seit langem für die Einführung einer Absolventensteuer, um gut verdienende Akademiker an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen, ohne finanzielle Zugangsbarrieren zu schaffen. Im Gegensatz zu Studiengebühren werden Absolventensteuern erst nach dem Studium über einen festgelegten Zeitraum erhoben, wenn das Bruttoeinkommen bestimmte Freibeträge überschreitet. Wissenschaftler der Universität Köln und der Londoner Cass Business School analysierten nun beide Varianten der Hochschulfinanzierung in einem ökonomischen Modell und untermauern damit die Vorteile der Absolventensteuer.

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Steuereinnahmen direkt den Einrichtungen zufließen sollten, an denen der Betreffende studiert hat. Auf diese Weise werden Universitäten zu „Stakeholdern“ an den Karrieren ihrer Absolventen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Partizipiert die Hochschule am Berufserfolg ihrer Absolventen, wird sie ihr Lehrangebot verbessern, die Studienbetreuung intensivieren und ihre Absolventen beim Berufseinstieg unterstützen.

Corporate Communications: Mark Fallak

Zwar werden Studierende mit besonders hohem Verdienstpotezial durch eine Absolventensteuer schlechter gestellt als durch einheitliche Studiengebühren. Die Mehrheit profitiert jedoch von der Absolventensteuer, da das finanzielle Risiko einer Vorauszahlung entfällt, was die Bereitschaft zur Aufnahme eines Studiums erhöht. Eine für den Staat finanzierungsneutrale und kostendeckende Ersetzung von festen Studiengebühren durch eine Absolventensteuer könnte daher neben den positiven Auswirkungen auf die Bildungsqualität auch dazu beitragen, die Zahl der Studierenden zu steigern.

„Die aktuelle Debatte um Studiengebühren konzentriert sich stark auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wie sich die Qualität der Lehre am effektivsten verbessern lässt, wird dabei oft vernachlässigt. Eine Absolventensteuer bietet die Chance, beide Ziele unter einen Hut zu bringen“, sagt der Kölner Wirtschaftsprofessor Dirk Sliwka, der die Studie mitverfasst hat.

Die englischsprachige Studie ist über die IZA-Homepage abrufbar:

Tom McKenzie / Dirk Sliwka:

**Universities as Stakeholders in their Students' Careers:
On the Benefits of Graduate Taxes to Finance Higher Education**

IZA Discussion Paper No. 5330

<http://ftp.iza.org/dp5330.pdf>

Pressekontakt:

Prof. Dr. Dirk Sliwka

Seminar für ABWL und Personalwirtschaftslehre

Universität zu Köln

Tel. (0221) 470-5887

E-Mail: dirk.sliwka@uni-koeln.de

Tom McKenzie

Cass Business School

City University London

Tel. +44 (0) 20 7040-0908

E-Mail: Tom.McKenzie.1@city.ac.uk

Corporate Communications: Mark Fallak